

# BTI 2020 | Von Populisten, „Strongmen“ und Handelskriegern

## *Regionalbericht Asien und Ozeanien*

Von Aurel Croissant\*

*Überblick zu den Transformationsprozessen in Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, China, Indien, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Nepal, Nordkorea, Pakistan, Papua-Neuguinea, den Philippinen, Singapur, Sri Lanka, Südkorea, Taiwan, Thailand, Timor-Leste und Vietnam*



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) 2020 im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2017 bis zum 31. Januar 2019. Weitere Informationen finden Sie unter [www.bti-project.de](http://www.bti-project.de).

Zitiervorschlag: Aurel Croissant, Von Populisten, „Strongmen“ und Handelskriegern – BTI-Regionalbericht Asien und Ozeanien, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2020.

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

---

\* Prof. Dr. Aurel Croissant ist Dekan der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und BTI-Regionalkoordinator für Asien und Ozeanien.

## Einleitung

Im Berichtszeitraum des Transformationsindex 2020 haben drei Entwicklungen den regionalen Kontext der Transformation in Asien und Ozeanien geprägt: ein trotz unsicherer globaler Aussichten robustes regionales Wirtschaftswachstum; der Vormarsch des Populismus auch in dieser Weltregion sowie die Zentralisierung politischer Macht in der Hand starker politischer Führer; die Bewahrung des regionalen Friedens trotz kollidierender regionaler und globaler Führungsansprüche.

Asien und Ozeanien ist weiterhin die dynamistische Wirtschaftsregion der Welt. Länder wie Bangladesch, Bhutan, Indien, Kambodscha, Laos und Myanmar konnten 2017 und 2018 mit Wachstumsraten von um die sieben Prozent oder höher aufwarten. In China, Malaysia, Singapur, Südkorea und Taiwan war das Wachstum robust, obgleich vor allem Taiwan wegen des amerikanisch-chinesischen Handelsstreits und seiner besonders stark auf das Festland ausgerichteten Lieferketten mit eingetrübten Konjunkturaussichten zu kämpfen hatte. In China selbst hat sich die seit 2010 beobachtete Verlangsamung des Wachstums in 2017 und 2018 fortgesetzt. Aufgrund großzügiger Konjunkturprogramme in 2009 und 2016 schiebt Chinas Volkswirtschaft eine Schuldenlast von derzeit geschätzt 280% des Bruttoinlandsprodukts vor sich her. In der zweiten Jahreshälfte 2018 verzeichnete die chinesische Wirtschaft einen spürbaren Rückgang der Exporte sowie der ein- und ausgehenden FDI. Auf dem 19. Parteikongress im Oktober 2017 wurden Maßnahmen zur Reduktion der Liquidität im Bankensektor, v.a. der Schattenbanken, beschlossen. Gleichwohl wurden nach offiziellen Angaben die von der Regierung vorgegebenen Wachstumsziele erreicht. Insgesamt waren nur schwache Effekte des Handelskonflikts auf die Wachstumsdynamik der heimischen Wirtschaft zu verzeichnen.

Im Hinblick auf die politische Transformation ist mit Malaysia im Untersuchungszeitraum eine neue Demokratie hinzugekommen. Zusammen mit Timor-Leste (auch Osttimor genannt), das nun erstmals mit untersucht wird, gibt es im Vergleich zum BTI 2018 somit zwei Demokratien mehr. Anders als in den Vorjahren ist keine Demokratie zusammengebrochen oder in die Autokratie abgerutscht. Gleichwohl markiert dies keine Kehrtwende der im BTI 2018 konstatierte Erosionstendenzen des Demokratieniveaus in Asien und Ozeanien. Vielmehr verdecken die positiven Entwicklungen in Malaysia, wo die seit der Staatsgründung 1957 regierende Mehrparteienkoalition im Mai 2018 abgewählt wurde, und die Neuaufnahme Timor-Lestes mit seiner im regionalen Kontext recht gut entwickelten Demokratie die vielerorts zu verzeichnende Rückentwicklung oder Stagnation der demokratischen Transformation.

Folglich sind auch für den Governance-Bereich wenige gute Neuigkeiten zu melden. Lediglich in Malaysia und Nepal gab es seit Februar 2017 substantielle Verbesserungen. Sie stehen im Zusammenhang mit dem Regimewechsel in Kuala Lumpur und der deutlich verbesserten Bereitschaft der politischen Akteure zur Konfliktbearbeitung in Nepal, was jeweils auch auf andere Governance-Aspekte ausstrahlt. Hinsichtlich der Nachhaltigkeit dieser Entwicklungen bestehen jedoch Zweifel. Zu oft sind die politischen Eliten in Katmandu in der Vergangenheit in konfrontative Politikmuster und Nullsummenspiele zurückgefallen. Der Wandel von Mahathir bin Mohamad, Regierungschef von 1981 bis 2003 und erneut seit Mai 2018, vom Autokraten zur Ikone der Demokratisierung gehört sicherlich zu den erstaunlichsten Entwicklungen der letzten Jahrzehnte in der malaysischen Politik.

Doch die Erfahrungen Myanmars sind Warnung gegen allzu viel Euphorie. Seit 2015 wird die Regierung des Landes de facto von der Friedensnobelpreisträgerin Daw Aung San Suu Kyi geführt und dennoch hat Myanmar im aktuellen Transformationsindex unter allen 22 Ländern in der Region den stärksten Einbruch in der Governance-Leistung zu verzeichnen.

## Politische Transformation

Der Transformationsindex 2020 zählt in Asien-Ozeanien je 11 Autokratien und Demokratien. Erstmals in der Gruppe der Demokratien vertreten ist Malaysia, so dass der Anteil der Demokratien an allen untersuchten Entwicklungs- und Transformationsländern der Region erstmals auf 50% gestiegen ist. Allerdings sind Taiwan und Südkorea die einzigen Demokratien in der Region ohne allzu gravierende Defekte. Zudem sind viele Demokratien strukturell schwach und verletzlich. Sie sind gekennzeichnet durch einflussreiche semi- oder antidemokratische Vetoakteure, fragile demokratische Institutionen sowie zunehmende Einschränkungen politischer Freiheiten und bürgerlicher Rechte. Die Legitimität der Demokratie wird durch informelle Akteure herausgefordert und politische Institutionen sowie das Rechtssystem bleiben anfällig für den Missbrauch durch die Herrschenden.

Tab. 1: Entwicklungsstand der politischen Transformation

| sich konsolidierende Demokratien | defekte Demokratien | stark defekte Demokratien | gemäßigte Autokratien | harte Autokratien |
|----------------------------------|---------------------|---------------------------|-----------------------|-------------------|
| Werte 10 bis 8                   | Werte < 8 bis 6     | Werte < 6                 | Werte ≥ 4             | Werte < 4         |
| Taiwan                           | Timor-Leste*        | Malaysia ▲                | Singapur              | Pakistan          |
| Südkorea                         | Indien              | Nepal                     | Bangladesch           | Vietnam           |
|                                  | Bhutan              | Philippinen ▼             |                       | China             |
|                                  | Sri Lanka           |                           |                       | Myanmar           |
|                                  | Indonesien          |                           |                       | Thailand          |
|                                  | Papua-Neuguinea     |                           |                       | Afghanistan       |
|                                  |                     |                           |                       | Kambodscha        |
|                                  |                     |                           |                       | Laos              |
|                                  |                     |                           |                       | Nordkorea         |

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2020. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des Demokratie-Status angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2018, Punkte bezeichnen zerfallende Staaten.

\* Neu im Ländersample des BTI

Die elf Nicht-Demokratien lassen sich in gemäßigte und harte Autokratien unterscheiden. Diese Unterscheidung orientiert sich am Gesamtwert der politischen Transformation, in den auch unterschiedliche Grade der Staatlichkeit einfließen. Auf der Grundlage einer in der politikwissenschaftlichen Regimeforschung geläufigeren Einteilung wäre zwischen Militärregimen (Thailand) und Einparteiensystemen (China, Laos, Nordkorea, Vietnam) einerseits sowie elektoralen Autokratien andererseits zu unterscheiden. In elektoralen Autokratien wie Afghanistan, Bangladesch, Kambodscha, Myanmar, Pakistan und Singapur und existieren formaldemokratische repräsentative Institutionen, zivile

(gewählte) Regierungen und Mehrparteienwahlen unter Beteiligung genuiner Oppositionsparteien. Jedoch sind die Integrität, Freiheit und Fairness der Wahlen, die bürgerlichen Freiheitsrechte und politische Partizipationsmöglichkeiten der Bürger sowie unter Umständen auch die effektive Regierungsgewalt der gewählten Institutionen und Autoritäten massiv eingeschränkt.

**Tab. 2: Nationalwahlen in Asien und Ozeanien**

|                 | Typ                   | Jahr der letzten Wahl | Bewertung „Freie und faire Wahlen“, BTI 2020 | Regierungswechsel |
|-----------------|-----------------------|-----------------------|--|-------------------|
| Afghanistan     | Legislative           | 2018                  | 4  | Nein              |
| Bangladesch     | Legislative           | 2018                  | 4  | Nein              |
| Bhutan          | Legislative           | 2018                  | 8  | Ja                |
| China*          | --                    | --                    | 1  | --                |
| Indien          | Legislative           | 2019                  | 9  | Nein              |
| Indonesien      | Legislative/Präsident | 2019                  | 8  | Nein              |
| Kambodscha      | Legislative           | 2018                  | 2  | Nein              |
| Laos            | Legislative           | 2015                  | 1  | Nein              |
| Malaysia        | Legislative           | 2018                  | 6  | Ja                |
| Myanmar         | Legislative           | 2015                  | 7  | Ja                |
| Nepal           | Legislative           | 2017                  | 8  | Ja                |
| Nordkorea       | Legislative           | 2019                  | 1  | Nein              |
| Pakistan        | Legislative           | 2018                  | 6  | Ja                |
| Papua Neuguinea | Legislative           | 2017                  | 6  | Nein              |
| Philippinen     | Legislative           | 2019                  | 7  | Nein              |
| Singapur        | Legislative           | 2015                  | 5  | Nein              |
| Sri Lanka       | Legislative/Präsident | 2015                  | 8  | Ja                |
| Südkorea        | Präsident             | 2017                  | 9  | Ja                |
| Taiwan          | Legislative/Präsident | 2016                  | 10   | Ja                |
| Thailand        | Legislative           | 2019                  | 1  | Nein              |
| Timor-Leste     | Legislative/Präsident | 2017, 2018            | 9  | Ja                |
| Vietnam         | Legislative           | 2016                  | 2  | Nein              |

\*Keine direkten Wahlen auf nationaler Ebene

Aufschlussreich ist hier der Blick auf den Indikator „freie und faire Wahlen“. Im Zeitraum des Transformationsindex 2020 gab es in zehn Ländern nationale Wahlen. In sieben Ländern wurden die Wahlen auf der Skala von 1 bis 10 mit mindestens 6 Punkten bewertet, was eine von mehreren Minimalbedingungen ist für die Klassifikation des politischen Systems als Demokratie, darunter auch in zwei Autokratien (Afghanistan, Pakistan). Kurz nach dem Ende des Erhebungszeitraums wurde zudem in Indien, Indonesien, Nordkorea, den Philippinen und Thailand gewählt.

In Malaysia erlitt die regierende Barisan Nasional (BN)-Koalition, die das Land seit der Unabhängigkeit 1957 regierte, ihre erste Wahlniederlage durch die neugebildete Pakatan Harapan-Koalition, angeführt von dem unwahrscheinlichen Duo Mahathir bin Mohamad und seinem ehemaligen Vizepremier Anwar Ibrahim, beide BN-Apostaten. In Pakistan wurde die Regierung von Nawaz Sharif von einer Pakistan-Tehreek-e-Insaf (PTI)-Koalition unter der Leitung des ehemaligen Cricketstars Imran Khan besiegt, dessen populistisches Versprechen auf eine "goldene Ära" für sein Land angesichts der enormen Schuldenlast (viel davon an China), die sein Vorgänger hinterlassen hat, schwer zu erfüllen sein wird. Ähnlich wie in Pakistan kam es 2018 auch in Bhutan schon zum zweiten Mal in Folge durch Wahlen zu einem friedlichen Regierungswechsel und in Nepal bildeten die Kongresspartei und die Maoisten nach den Wahlen von 2017 eine Koalitionsregierung mit alternierendem Regierungschef. Hingegen führten in Timor-Leste die Parlamentswahlen von 2017 zu einem politischen Patt, das erst durch die verfassungsrechtlich umstrittene Auflösung und Neuwahl des Parlaments (2018) gelöst werden konnte. Die Wähler in Südkorea blieben dem seit der Demokratisierung 1988 bekannten Muster treu und wählten nach zwei konservativen Regierungen (beide Ex-Präsidenten sitzen inzwischen im Gefängnis) einen Mitte-Links-Kandidaten ins Präsidentenamt. In Papua-Neuguinea errang der für seine autokratische Amtsführung kritisierte Premierminister O'Neill eine weitere Amtszeit. Die rapide schwindende Unterstützung in der eigenen Parteienkoalition nötigte ihn jedoch am 29. Mai 2019 zum Rücktritt. Ähnliches haben die wiedergewählten Regierungschefs von Kambodscha und Bangladesch, Hun Sen und Hasina Wajed, nicht zu befürchten, mangelt es doch in der eigenen Partei und im Parlament an einer nennenswerten Opposition.

Mindestens so wichtig wie die Momentaufnahme sind die kurz- und mittelfristigen Entwicklungen der politischen Transformation. Erschwert wird der Vergleich der Durchschnittswerte des Demokratieindex und seiner Teilkomponenten über die Zeit, da erstmals seit dem BTI 2008 (damals: Bhutan) mit Timor-Leste ein weiteres Land in die Ländergruppe aufgenommen wurde. Im Vergleich der Durchschnittswerte des Transformationsindex 2020 mit den Werten des BTI 2018 sind daher die Ergebnisse für Timor-Leste zu isolieren. In der Analyse über einen Zeitraum von knapp eineinhalb Dekaden werden die aktuellen Werte denen des Transformationsindex 2006 gegenübergestellt, wobei auch Bhutan herauszurechnen ist.

Im regionalen Mittel für 21 Länder ist der regionale Demokratiewert von 5,08 im Transformationsindex 2018 auf aktuell 5,14 gestiegen. Gegenüber dem BTI 2018 haben 12 Länder ihren Demokratieindex verbessert, aber nur in zwei Ländern (Malaysia und Nepal) um wenigstens 0,50 Bewertungspunkte. In weiteren 8 Ländern verschlechterte sich das gemessene Niveau der Demokratiequalität, wobei die Philippinen die stärkste Verschlechterung (von 6,30 auf 5,75 Punkten) erfahren haben. Auch Bangladesch verzeichnete zum wiederholten Male deutliche Einbußen bei der demokratischen Qualität. Myanmar und Kambodscha zeigen gleichfalls signifikante Rückschritte bei der politischen Transformation. Wenig vorteilhaft für die Demokratie ist insbesondere der Trend über die vergangenen etwa 15 Jahre. Berücksichtigt man nur jene 20 Länder, die in beiden Erhebungsrunden vertreten waren, ist das regionale Demokratieindexniveau zwischen 2006 und 2020 von 5,14 auf 5,06 gesunken. Zwar haben zehn Länder ihren politischen Transformationsstand verbessert, davon vier (Malaysia, Nepal, Myanmar, Sri Lanka) um wenigstens 0,50 Punkte, aber in 9 Ländern hat er sich verschlechtert. Besonders massiv – um mehr als 0,50 Bewertungspunkte – war der Einbruch in Bangladesch, Indien, Kambodscha, den Philippinen und Thailand.

Die Analyse der fünf Kriterien und 18 Indikatoren des Demokratieindex zeigt von 2006 bis 2020 eine deutliche Verbesserung des staatlichen Gewaltmonopols (von 7,05 auf 7,45), was insbesondere der relativen Beruhigung des innerstaatlichen Konfliktgeschehens in Indonesien, Kambodscha, Nepal und Sri Lanka geschuldet ist. Verbessert hat sich auch die Stärke der Interessengruppen (von 4,00 auf 4,55) und die Integrität der Wahlen wobei der Mittelwert von 5,25 (2006: 5,00) weiterhin unter dem kritischen Schwellenwert von 6 liegt. Zeitgleich wurden religiöse Dogmen einflussreicher: der Indikatorwert fiel von 7,90 auf 7,40 (höhere Werte weisen einen geringeren Einfluss religiöser Dogmen auf Politik und Rechtssystem in einem Land aus). Diese Entwicklung ist wesentlich zurückzuführen auf Trends der Re-Traditionalisierung von Politik und der ethno-religiösen Mobilisierung in einigen muslimischen Ländern (Bangladesch, Indonesien und Malaysia) sowie in einer Reihe von vorwiegend buddhistischen Ländern (Laos, Myanmar und Thailand) sowie Indien. In diesen Ländern hetzten ethnonationalistische „Identitätspolitiker“ (Ziegenhain 2019) mit Duldung der Regierungen gegen Minderheiten und üben einen wachsenden Einfluss auf die nationale Politik aus.

So ist zum Beispiel Indonesien, das lange Zeit als „Musterbeispiel“ für Multikulturalismus und einen toleranten und synkretistischen Islam galt, inzwischen eines der religiösesten Länder der Welt, glaubt man den einschlägigen Umfragen. In einer aktuellen Studie des Pew Research Center antworteten 93% der Indonesier, dass Religion für sie entweder wichtig oder sehr wichtig ist (Pew Research Center 2018). Dies ist zusammen mit Afghanistan und Pakistan die höchste Rate weltweit. Einer aktuellen repräsentativen Umfrage unter indonesischen Muslimen zufolge, sind viele Muslime mit der in der Verfassung verankerten Religionsgleichheit nicht einverstanden: 49% fordern, dass die Regierung den Islam gegenüber anderen Religionen bevorzugt, 39% wollen, dass das Scharia-Gesetz in ganz Indonesien umgesetzt wird und 36% befürworten, dass der Islam die einzige offizielle Religion Indonesiens wird. Insgesamt sogar 63% fordern, dass Blasphemie gegen den Islam härter bestraft wird, und 58% gaben an, dass es sehr wichtig für sie sei, nur einen Muslim als Führer zu wählen (Fossati 2017: 24). Viele muslimische Gruppen nutzen strategisch das religiöse Empfinden und das weit verbreitete emotionale Engagement für den Islam in Bezug auf aktuelle politische Themen. Zwei eindrückliche Beispiele im Untersuchungszeitraum des Transformationsindex 2020 waren die Verurteilung des chinesisch-christlichen Gouverneurs von Jakarta, Basuki Tjahya Purnama (meist „Ahok“ genannt) zu einer zweijährigen Haftstrafe wegen Blasphemie und der Schuldspruch gegen eine sino-indonesische Buddhistin, die zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde, nachdem sie sich gegenüber Nachbarn wegen der häufigen islamischen Gebetsrufe beschwert hatte (Ziegenhain 2019).

In Sri Lanka und in Myanmar sind es buddhistisch-nationalistische Extremisten, die gegen die muslimische Minderheit in ihrem Land vorgehen. Die internationale Kritik an der jüngsten Welle ethnischer Säuberungen der Rohingya in den Jahren 2017 und 2018 hat die Unterstützung der buddhistischen Bevölkerung für die Regierung und insbesondere das Militär eher noch verstärkt (Bünthe 2019). In Sri Lanka hat sich der Fokus ethno-religiöser Gewalt seit dem Ende des Bürgerkriegs mit den tamilischen Rebellen der LTTE im Jahre 2009 verschoben. Während bislang die tamilische Minderheit von vielen buddhistischen Singhalesen als Bedrohung empfunden wurde, agitieren militante politische Organisationen singhalesisch-buddhistischer Nationalisten wie die BBS (Buddhist Power Force) und die National Bikku Front nun vor allem gegen die Minderheit der sri-lankischen Muslime. So kam es im Februar und März 2018 zu tagelangen Unruhen in den Distrikten Kandy und Ampara,

in deren Verlauf zunächst singhalesische Buddhisten Muslime angriffen und Moschen sowie muslimische Länder zerstörten, woraufhin dann Mobs von Muslimen gewaltsam gegen Buddhisten und buddhistische Tempel vorgingen (Trinn 2019).

Der Bereich der politischen Partizipation hat ebenfalls seit dem BTI 2006 deutlich gelitten. Das gilt in erster Linie für die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit (von 5,75 auf 4,75), die freie Meinungsäußerung (von 5,45 auf 4,50) sowie die Bürgerrechte (von 5,00 auf 4,50). Das Muster der Erosion von Demokratiequalität (*democratic backsliding*) in Asien und Ozeanien entspricht damit weitgehend dem in der empirisch-vergleichenden Demokratieforschung identifizierten klassischen Pfad der Einschränkung politischer und bürgerlicher (Freiheits-)Rechte (allgemein: Coppedge 2017). In Demokratien konvergiert diese Entwicklung mit dem Aufstieg populistischer Bewegungen und Führer. Aktuell werden mindestens vier Länder von Populisten regiert: Indien und Indonesien (jeweils seit 2014), die Philippinen (seit 2016) sowie Pakistan (seit Juli 2018). Laut den Daten des Transformationsindex geht populistisches Regieren mit einem Rückgang an Demokratiequalität einher, ohne dass damit ein Zugewinn an wirtschaftlicher Transformation oder besseren Regierungsleistungen verbunden wäre. In Indien und Indonesien haben sich seit dem Regierungsantritt der Populisten, d.h. im Zeitraum zwischen dem BTI 2016 und dem aktuellen Transformationsindex, jeweils acht Demokratieindikatoren verschlechtert. In den Philippinen waren es im gleichen Zeitraum sogar zehn Verschlechterungen.<sup>1</sup> Einmal eingeführt sind solche Beschädigungen auch nach Regierungswechseln nur schwer wiedergutzumachen, wie die Beispiele Südkorea und Sri Lanka zeigen.

Gleichzeitig gibt es einen breiteren Trend in der politischen Transformation, der sich über die gesamte Region erstreckt: die Rückkehr der „Strongmen“, eine der englischen Sprache entlehnte Bezeichnung für starke Führerpersonen, auf die das gesamte politische System ausgerichtet ist, die das Zentrum eines Patronage-Netzwerks bilden und deren politische Macht untrennbar mit der eigenen Person verbunden ist. Entsprechend steht der „starke Mann“ in der öffentlichen und der eigenen Wahrnehmung oft über den Institutionen und dem Gesetz. Gefördert wird die Entwicklung durch das Bedürfnis der Bürger nach Sicherheit und Ordnung, und die von ihnen wahrgenommenen Dysfunktionen der bestehenden (demokratischen) Systeme, denen das Versprechen oftmals charismatischer Führer gegenübersteht, endlich die „Dinge zu erledigen“. Ein besonders eindringliches Beispiel ist die Volksrepublik China. Auch der seit 1985 amtierende kambodschanische Regierungschef Hun Sen, Hasina Wajed in Bangladesh (Premierministerin seit 2009) oder Peter O’Neill in Papua Neuguinea (Premierminister von 2011-2019) sind zu nennen.

In China erreichte die Zentralisierung und Stärkung der Parteiführung mit Präsident Xi Jinping im Kern ihren vorläufigen Höhepunkt auf dem 19. Parteitag im Oktober 2017 und dem 13. Nationalen Volkskongress im März 2018. Die Trennung der Partei von der Regierung wurde unter der neuen Norm der „Koordination“ [*yiyuanhua*] gestoppt, „die Parteiführung in der Regierung“ verankert und die „Xi-Jinping-Gedanken über den Sozialismus mit chinesischem Charakter für eine neue Ära“ in der Parteiverfassung verankert sowie die Beschränkung der Amtszeit für den Präsidenten aufgehoben. Die Personalisierung und Zentralisierung der Macht unter Xi Jinping hat dazu geführt, dass die

---

<sup>1</sup> In Pakistan gibt es erst seit Juli 2018 eine populistische Regierung, so dass es für den aussagekräftigen Vergleich noch zu früh ist.

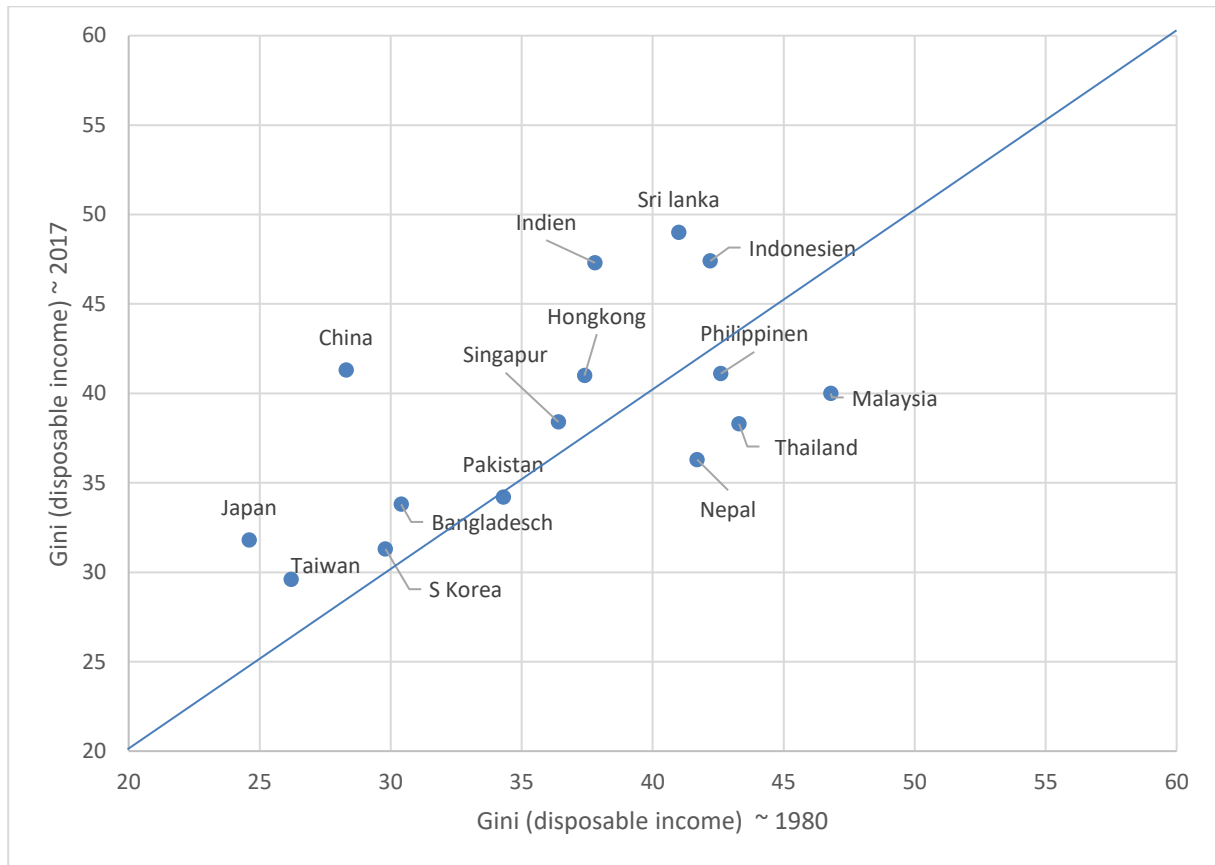
Idee der „kollektiven Führung“ und eines turnusmäßigen Wechsels an der Staatsspitze still und leise ad acta gelegt wurde. In Kambodscha ließ Premierminister Hun Sen kurzerhand die größte Oppositionspartei auflösen. Wenig überraschend errang seine Partei bei den folgenden Wahlen sämtliche Parlamentssitze. Ein ähnliches Ergebnis war in Bangladesch zu beobachten, obgleich hier die größte Oppositionspartei nicht verboten, sondern ihre Vorsitzende aufgrund einer Haftstrafe von der Wahl ausgeschlossen wurde: die regierende Mehrparteienallianz konnte 96% aller Wahlkreise gewinnen.

## Wirtschaftliche Transformation

In keiner Region variiert der Stand der wirtschaftlichen Transformation mehr als zwischen den Ländern Asiens und Ozeaniens. Während Geschwindigkeit und Intensität der wirtschaftlichen Transformation von Land zu Land unterschiedlich ausfallen, hat die Region in den letzten Jahrzehnten insgesamt einen bemerkenswerten strukturellen Wandel durchlaufen. Marktöffnung, wirtschaftliche Globalisierung und außenhandelsgestützte Industrialisierung haben die in den meisten Ländern der Region lange Zeit moderate Einkommensungleichheit vor allem in den 1990er und 2000er Jahren ansteigen lassen (s. Abbildung 1). Zu Beginn der 1980er Jahre war der Gini-Koeffizient, der das herkömmliche Maß für die Verteilung des Einkommens zwischen Einzelpersonen oder Haushalten in einem Land ist, in Taiwan und Korea am niedrigsten. Diese Länder erzielten seit den frühen 1960er Jahren ein schnelles Wirtschaftswachstum, schafften es aber gleichzeitig, die Einkommensungleichheit relativ gering zu halten. Die Volksrepublik China hatte vor der Einleitung der wirtschaftlichen Reformen in den frühen 1980er Jahren ebenfalls eine geringe Einkommensungleichheit. Im Gegensatz dazu wiesen Süd- und Südostasien ein deutlich höheres Maß an Ungleichheit auf.

Mit Ausnahme von Nepal, den Philippinen, Thailand und Malaysia hatten jedoch die meisten Länder der Region seither einen starken Anstieg der Ungleichheit verzeichnet, wobei der schnellste Anstieg der Ungleichheit in den 90er und 2000er Jahren zu verzeichnen war, als sich das Tempo der Globalisierung und der Integration der Region in die Weltwirtschaft beschleunigte. Am Ende des aktuellen Jahrzehnts Jahre war Sri Lanka das Land mit der höchsten vertikalen Ungleichheit: hier stieg Gini-Index von 41 im Jahr 1980 auf 49 im Jahr 2015. Noch stärker war die Ungleichheitsentwicklung in Indonesien (von 42 auf 47), Indien (von 38 auf 47) und China (von 28 auf 42).



**Abb. 1: Ungleichheit verfügbarer Einkommen in ausgewählten Ländern, 1980 und 2017**

Der Gini-Index ist das am häufigsten verwendete Maß zur Bestimmung der Verteilung von Einkommen zwischen Individuen oder Haushalten in einer Gesellschaft. Er liegt zwischen 0 und 100. Höhere Werte zeigen ein höheres Maß an Ungleichverteilung verfügbarer Einkommen an. Die hier gezeigten Daten erfassen die Zeitpunkte 1980-1984 und 2009-2017 je nach Datenverfügbarkeit. Zu Vergleichszwecken auch Daten für Japan und Hongkong. Ohne Kambodscha, Laos, Vietnam, Timor Leste und Papua Neuguinea, da keine Daten für die frühen 1980er Jahre verfügbar. Quelle: Solt (2019).

Beeindruckend sind eine starke Verringerung der absoluten Armut, eine beschleunigte Urbanisierung und Bildungsexpansion sowie ein dramatisches Wachstum der Mittelschicht im sich entwickelnden Asien, von 21% der Gesamtbevölkerung im Jahr 1990 auf 56% im Jahr 2008 (Asian Development Bank 2010: 6). Obwohl hier fast die Hälfte der ärmsten Menschen der Welt lebt, von denen zwei Drittel Frauen sind, ging die Armut in Asien viel schneller zurück als weltweit. Laut Weltbank leben von den weltweit 783 Millionen extrem Armen, die mit weniger als 1,9 US-Dollar pro Tag auskommen müssen, etwa 33% in Südasien und 9% in Ostasien und im Pazifik. Zwischen 1990 und 2015 erlebte die Welt einen Rückgang der extremen Armut um 25 Prozentpunkte gegenüber einem Rückgang um 35 Prozentpunkte in Südasien. Für China sank die extreme Armutsquote von 88,3% im Jahr 1981 auf weniger als 1% im Jahr 2018, was bedeutet, dass mehr als 850 Millionen Menschen der extremen Armut entkommen sind (World Bank 2019). Der regionale Urbanisierungsgrad (Stadtbevölkerung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung) stieg von weniger als 20% im Jahr 1950 auf 47,5%

im Jahr 2010. Während dies immer noch deutlich unter den Urbanisierungsraten für Europa, Amerika und Ozeanien liegt, beherbergt Asien heute 53% der städtischen Weltbevölkerung (Europa: 14%) (UN 2014). Auch grenzüberschreitende Migration ist inzwischen zu einem Schlüsselfaktor für die Entwicklung der Region geworden. Die Vereinten Nationen schätzen, dass es im Jahr 2015 in den Ländern und Gebieten Asiens und des Pazifiks rund 59,3 Millionen internationale Migranten gab (UNESCAP 2017: 2). Die Migration in der Region erfolgt vor allem aus Volkswirtschaften mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen in reichere Länder. Sie nimmt verschiedene Formen an, umfasst aber in erster Linie (temporäre) Arbeitsmigration mit geringer Qualifikation (ebd.). Dazu gehören aber auch hoch qualifizierte Arbeitskräfte, Zwangsmigration, Studentenmigration und Heiratsmigration.

**Tab. 3: Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation**

| weit fortgeschritten | fortgeschritten | eingeschränkt   | stark eingeschränkt | rudimentär |
|----------------------|-----------------|-----------------|---------------------|------------|
| Werte 10 bis 8       | Werte < 8 bis 7 | Werte < 7 bis 5 | Werte < 5 bis 3     | Werte < 3  |
| Taiwan               | Malaysia        | China           | Papua-Neuguinea     | Nordkorea  |
| Singapur             |                 | Sri Lanka       | Laos                |            |
| Südkorea             |                 | Philippinen     | Timor-Leste*        |            |
|                      |                 | Thailand        | Kambodscha          |            |
|                      |                 | Indien          | Nepal               |            |
|                      |                 | Indonesien      | Pakistan            |            |
|                      |                 | Vietnam         | Myanmar             |            |
|                      |                 | Bhutan          | Afghanistan ▲       |            |
|                      |                 | Bangladesch     |                     |            |

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2020. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des Wirtschafts-Status angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2018.  
 \* Neu im Ländersample des BTI

Auf Basis der BTI-Kriterien lassen sich fünf Systemgruppen der wirtschaftlichen Transformation erkennen. Eine entwickelte Marktwirtschaft mit funktionierender Ordnungspolitik existiert in Südkorea, Singapur und Taiwan. Diese Volkswirtschaften belegen auch im Gesamtranking des BTI Spitzenplätze. Hier ist die wirtschaftliche Transformation sehr weit vorangeschritten und erreicht ein Niveau, das mit dem der Kerngruppe der etablierten OECD-Staaten vergleichbar ist und diese zum Teil übersteigt.<sup>2</sup>

Eine entwickelte Marktwirtschaft mit schwächer verankerter Wettbewerbs- und Marktordnung sowie deutlichen Defiziten bei den sozialen Sicherungssystemen, der Chancengleichheit und der ökologischen Nachhaltigkeit, existiert in Malaysia. Trotz des Regierungswechsels, schwächelnder Inlandsinvestitionen und rückläufiger Exporte hielt sich die Wachstumsrate 2018 bei 4,7%. Infolge des Stopps mehrerer öffentlicher Infrastrukturprojekte durch die neue Regierung sanken die öffentlichen Investitionen in 2018. Zunehmende Unsicherheit der Anleger über die politische Ausrichtung der

<sup>2</sup> Südkorea ist seit 1996 Mitglied der OECD und auch Mitglied im Ausschuss für Entwicklungshilfe (Development Assistance Committee, kurz DAC). Singapur und Taiwan sind aus unterschiedlichen politischen Gründen nicht in der OECD.

neuen Regierung, den Handelskonflikt zwischen der Volksrepublik China und den USA und die eingetrübten Aussichten für den für Malaysia besonders relevanten globalen Halbleitermarkt haben dazu geführt, dass das Wachstum der privaten Investitionen von 2017 auf 2018 um mehr als die Hälfte zurückging. Ähnlich wie Taiwan ist die stark außenhandelsabhängige malaysische Wirtschaft gegenüber der Eskalation des Handelsstreits zwischen den USA und China besonders verletzlich. Hinzu kommt die Verunsicherung in- und ausländischer Investoren durch die nach dem Regierungswechsel angelaufene Überprüfung vieler großer Infrastrukturprojekte durch die Mahathir-Regierung. So bedeutete die Entscheidung, großvolumige und prestigeträchtige Investitionsprojekte abubrechen oder zu verschieben, letztlich ein Eingeständnis, dass die Rendite vieler öffentlicher Projekte gering ist (Asian Development Bank 2019: 284). Es ist daher wahrscheinlich, dass sich die öffentliche Investitionstätigkeit in den kommenden Jahren weiter abschwächen wird.

Am größten ist die Gruppe der Länder (9), deren wirtschaftliche Transformation eingeschränkt ist, wobei die Volksrepublik China mit einem Statuswert von 6,75 mittlerweile nahe an die Schwelle zur funktionsfähigen Marktwirtschaft herangerückt ist. Es folgen sechs Länder, deren Transformation zu einer sozialpolitisch eingebetteten Marktwirtschaft stark eingeschränkt ist. In dieser Gruppe, zu der erstmals auch Myanmar aufgeschlossen hat, sind Armut und soziale Exklusion weit verbreitet, soziale Sicherungssysteme und zukunftsichernde Bildungseinrichtungen existieren allenfalls auf einem niedrigen Niveau. Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist unzureichend, Infektionskrankheiten und versteckte Epidemien wie HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose sowie immer wieder auch Naturkatastrophen bedrohen Leib und Leben vieler Menschen. Die Volkswirtschaften in Laos, Myanmar und Papua-Neuguinea sind zudem stark abhängig von den Exporten von Bodenschätzen, was sie anfällig macht für negative weltwirtschaftliche Entwicklungen. In Malaysia, Myanmar, Pakistan und anderswo hat sich die Begeisterung für Chinas „Belt and Road Initiative“ (BRI) spürbar abgeschwächt, da die Regierungen eine zu große wirtschaftliche Abhängigkeit von der Volksrepublik befürchten und Angst davor haben, in die chinesische Schuldenfalle zu tappen. Als abschreckendes Beispiel gilt Sri Lanka, dessen Regierung sich im Dezember 2017 genötigt sah, den südlich von Colombo in Hambantota gelegenen größten Tiefseehafen des Landes für 99 Jahre an China zu verpachten, um die eigenen Verbindlichkeiten zu bedienen. Im Unterschied dazu haben sowohl die indische Regierung, die die Initiative als Versuch einer strategischen Umzingelung durch Peking interpretiert, als auch die Regierung in Kabul erklärt, an dem Projekt einer „neuen Seidenstraße“ nicht teilnehmen zu wollen.

Schlusslicht bei der Wirtschaftstransformation ist, wie üblich, Nordkorea. Zwar findet nach Einschätzung der Experten bereits seit Jahren eine faktische Ablösung des alten planwirtschaftlichen Systems durch Kaderkapitalismus und Privatisierung der Verfügungsgewalt und Erlöse aus regulären und irregulären Wirtschaftsaktivitäten der formal weiterhin staatlichen Unternehmen statt. Doch von einer auch nur in Ansätzen geordneten Transformation des bestehenden Wirtschaftssystems kann nicht die Rede sein. Wie auch: totalitäre Herrschaft in Nordkorea meint Herrschaft durch ideologische Indoktrination, soziale Kontrolle und Repression, aber eben auch durch den Entzug von lebensnotwendigen Ressourcen und die Androhung von Hunger. Aus Warte der Machthaber in Pjöngjang ist die totale Kontrolle über karge Ressourcen für das Überleben des Regimes mindestens so wichtig wie die internationale Anerkennung als De-facto-Atommacht.

Oberhalb der Gruppe der rudimentären oder stark eingeschränkten wirtschaftlichen Transformation konnte Vietnam eine deutliche Verbesserung um 0,61 Punkte im Wirtschaftsindex erzielen. Die Gründe hierfür sind u.a. die Verabschiedung eines neuen Wettbewerbsgesetzes im Juni 2018, die anhaltende Gesundung des Bankensektors sowie das vierthöchste Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum in Asien und Ozeanien. Zudem profitierte Vietnam von der Umleitung chinesischer bzw. für China bestimmter Direktinvestitionen. Ferner lassen sich in einigen Ländern aus dem unteren Viertel des regionalen Rankings durchaus bedeutende Entwicklungen feststellen. In Afghanistan konnte die Nationale Einheitsregierung von Präsident Ghani und dem De-facto-Kabinettschef Abdullah mit Verbesserungen der Markt- und Wettbewerbsordnung und einer Stabilisierung der Währung sowie des Bankensektors punkten. Kambodscha profitierte im Berichtszeitraum von seinem starken Wirtschaftswachstum und dem massiven Anstieg ausländischer (v.a. chinesischer) Direktinvestitionen sowie einer verbesserten Geldwert- und Fiskalstabilität. In Nepal waren Erfolge bei der Bekämpfung der Armut- und Ungleichheitsprobleme und ein hohes Wachstum zu verzeichnen; dennoch bleibt Nepal eines der ärmsten Länder weltweit.

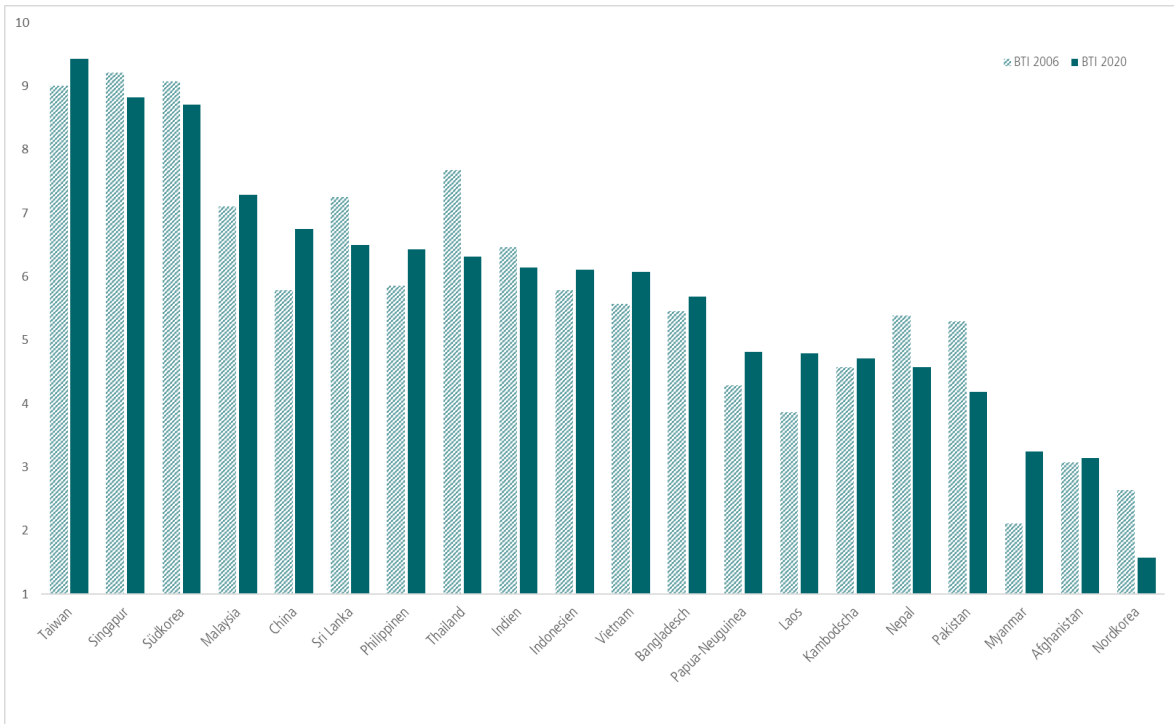
Für die Gesamtregion sind die Veränderungen gegenüber dem BTI 2018 gering. Im Einzelnen lässt sich ein leichter Anstieg des sozioökonomischen Entwicklungsniveaus (+0,10) und der Leistungsstärke der regionalen Volkswirtschaft (+0,14), der Markt- und Wettbewerbsordnung (+0,07), der Sozialordnung (+0,05) und des Schutzes für Privateigentum (+0,02) konstatieren, während die Geldwert- und Fiskalstabilität leicht abgenommen haben (-0,02). Die exportorientierten Wirtschaftswachstumsstrategien der meisten Staaten in der Region stehen aufgrund der anhaltenden Schwäche der Auslandsnachfrage und des Welthandels unter Druck. Exporte aus der Region wurden in den letzten Jahren sowohl durch zyklische als auch strukturelle Faktoren belastet, was wiederum die inländischen Erzeugerpreise beeinflusste. Eine teilweise Erholung kam 2016 in Gang, hat jedoch bereits 2018 erneut an Dynamik verloren. Obwohl die regionale Inflation in 2018 aufgrund steigender Ölpreise und Währungsabwertungen leicht anstieg, blieb sie deutlich unter dem historischen Zehnjahresdurchschnitt (Asian Development Bank 2019). Infolge des steten Anstiegs des von der amerikanischen Notenbank festgesetzten Leitzinses sowie der Sorge in den Schwellenländern um die Wechselkurs- und Schuldenprobleme in Ländern wie Argentinien und der Türkei verloren eine Reihe asiatischer Währungen 2018 gegenüber dem US-Dollar an Wert. Besonders stark werteten die indische und die indonesische Rupie sowie der philippinische Peso ab. Obgleich sich die meisten Währungen bis zum Jahresende 2018 erneut stabilisierten, sind weitere Anfälle von Wechselkurssturbulenzen auch zukünftig nicht auszuschließen.

Wie in den Vorjahren ist das mittlere Transformationsniveau im Transformationsindex 2020 am höchsten im Bereich der Leistungsstärke der Volkswirtschaften, gefolgt von der Geldwert- und Fiskalstabilität. Am schlechtesten schneidet die Region beim sozioökonomischen Entwicklungsstand ab, sowie bei der Sozialordnung und der Nachhaltigkeitspolitik. Für die Gesamtregion lässt sich zunächst die mitunter geringe soziale Qualität der Wachstumsentwicklung hervorheben. So partizipieren untere Einkommensschichten und Arme in vielen Ländern unzureichend an den Gewinnen des Wirtschaftswachstums, was sich auch in der ansteigenden Einkommensungleichheit in der Region zeigt. Darüber hinaus fehlt in den meisten Staaten ein ausgebautes und robustes System der sozialen Sicherung. So hat etwa China neben dem Aufstieg zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt auch eine beeindruckende Verringerung der absoluten Armut, der Verbesserung der Lebensbedingungen

vieler Menschen und den Ausbau der Sozialfürsorge, einschließlich neuer und besserer Bildungsmöglichkeiten, verbesserte Versorgung mit Wohnraum, Zugang zu medizinischer Versorgung und verschiedene andere Sozialdienste erfahren. Die dramatischen Veränderungen in den letzten Jahrzehnten haben jedoch auch soziale Probleme verursacht, wie z.B. die zunehmende Einkommenskluft zwischen Arm und Reich, regionale Entwicklungsunterschiede und soziale Ungleichheiten zwischen den Bürgern. All dies hat zwangsläufig negative Auswirkungen auf den sozialen Frieden und Zusammenhalt des Landes und es ist keineswegs ausgemacht, ob die chinesische Regierung in ihrem Streben nach einer „harmonischen Gesellschaft“ (ausführlich: Mok und Kang 2019) diese nichtintendierten Folgen der gewollten Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft erfolgreich steuern und bearbeiten können.

In Bezug auf ökologisch nachhaltige Entwicklung sind für viele Länder die ökologischen Kosten der Wirtschaftsentwicklung und die Eindämmung teils massiver Verschmutzung der Umwelt ein defizitäres Feld der Transformation. Unvermindert schneidet die Region im Hinblick auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen deutlich schlechter ab als der Rest der Welt. Der Großteil der Emissionen entfällt naturgemäß auf große Ökonomien wie China, Indien und Indonesien. Aber im Durchschnitt wirtschaftet Asien deutlich weniger nachhaltig als der Rest der Welt und ein Land wie Südkorea, dessen Regierung sich das „grüne Wachstum“ auf die Fahne schreibt, schneidet in diesem Punkt besonders schlecht ab. Im Hinblick auf die aus mangelnder Nachhaltigkeit des Wirtschaftens und den sich immer klarer manifestierenden Auswirkungen des Klimawandels für weite Teile Asiens bereits jetzt resultierenden strukturellen Einschränkungen der sozioökonomischen Entwicklung hat jüngst die Asiatische Entwicklungsbank in einem Sonderbericht aufmerksam gemacht. So verursachten Naturkatastrophen und sich häufende extreme Wetterereignisse (Stürme, Überschwemmungen und Dürren) in den asiatischen Entwicklungsländern in der Zeit von 2000 bis 2018 durchschnittlich fast 38.000 Katastrophenopfer pro Jahr. Das entspricht etwa 55% der weltweiten jährlichen Katastrophenopfer. Von den 206 Millionen Menschen, die in diesem Zeitraum im Durchschnitt jedes Jahr weltweit von Katastrophen betroffen waren, lebten 84% in Asien. Die menschlichen und wirtschaftlichen Kosten sind bereits jetzt hoch und werden den meisten Prognosen zufolge in Zukunft massiv ansteigen (ADB 2019: xvii). Gleichwohl sind die Anstrengungsleistungen der meisten Regierungen heute höchst unzureichend für eine rechtzeitige und angemessene Anpassung an die zukünftigen Folgen der weiteren Klimaveränderungen.

Der Vergleich der aktuellen Transformationsniveaus mit den Ausgangswerten des BTI 2006 (vgl. Abb. 2) bietet einen guten Eindruck über die mittelfristige Transformationsdynamik der Wirtschaftssysteme in Asien und Ozeanien. So ist in den vergangenen 14 Jahren in zwölf Ländern das Transformationsniveau gestiegen, davon in sechs Staaten um mindestens einen halben Bewertungspunkt. In acht Ländern hat sich das Transformationsniveau verschlechtert, davon in fünf Ländern um mindestens 0,50 Bewertungspunkte.

**Abb. 2: Veränderung des Stands der wirtschaftlichen Transformation, BTI 2006 - BTI 2020\***

\* Ohne Bhutan und Timor-Leste.

Zu den „Verlierern“ gehören eindeutig Nepal, Pakistan, Sri Lanka und Thailand. Während die beiden erstgenannten Länder ausgehend von einem ohnehin niedrigen Eingangsniveau absolut zurückgefallen sind, scheinen die beiden letztgenannten Länder in der „middle income trap“ gefangen zu sein. Politische Instabilitäten, innerstaatliche Gewaltkonflikte und eine (temporäre) Drift zur Autokratie haben der Entwicklung gleichfalls nicht geholfen. Die geringeren Werte für Volkswirtschaften wie Singapur und Südkorea sind v.a. Ausdruck einer leicht nachlassenden wirtschaftlichen Leistungsstärke. Zu den Transformationsgewinnern gehören Laos und Myanmar, deren wirtschaftliche Transformation weiterhin stark eingeschränkt bleibt, sowie China und Vietnam.

Auffällig ist insbesondere der Unterschied in der Leistungs- und Innovationskraft zwischen dem chinesischen Modell des autoritären Kapitalismus und der indischen Entwicklung. Gleichwohl zeigen sich auch in China strukturelle Herausforderungen, die nicht nur die hinlänglich bekannten Probleme wie Korruption, regionale Disparitäten und den massiven Anstieg der ökonomischen Ungleichheit betreffen. Ferner war unter Xi Jinping eine erneute Stärkung des staatskapitalistischen Elements des chinesischen Modells zu konstatieren, was die Eingriffs- und Steuerungsmöglichkeiten der Regierung kurzfristig wieder stärkt, zugleich aber den Übergang zu einer funktionierenden Marktwirtschaft perspektivisch eher erschwert. Während der Privatsektor mit einem Anteil von 60% am BIP weiterhin floriert, sind die Zahlen der staatlichen Unternehmen gestiegen. Sie waren die Hauptnutznießer des Konjunkturprogramms 2009 und durften auch an den globalen Aktienmärkten notieren, wo einige inzwischen zu den größten Unternehmen der Welt gehörten. Die Staatsunternehmen sind die Hauptnutznießer des Zehnjahresplans "China im Jahr 2025" zur Übernahme der globalen Technologieführerschaft und, zusammen mit den staatlichen Banken, der 2013 aufgelegten "Belt and Road Initiative". Der Staat nutzt zudem vermehrt die Möglichkeit, Anteile an Privatunternehmen zu kaufen und

in diesen Parteikomitees zu bilden (sogenannte Mixed Ownership Reform). So haben inzwischen etwa 70% der privaten und ausländischen Unternehmen Parteikomitees integriert, wodurch die Unterscheidung zwischen öffentlichem und privatem Eigentum verwischt (Dittmer 2019).

## Governance

Im regionalen Durchschnitt ist die Qualität des Transformationsmanagements in Asien und Ozeanien mit 4,81 Punkten, oder 4,86 Punkten, wenn Timor-Leste berücksichtigt wird, etwas besser als im BTI 2018 (4,73). Damit liegt die Region leicht über dem Durchschnitt der 137 Länder im Transformationsindex 2020 (4,77) – aber nur, weil viele Länder in anderen Regionen sich verschlechtert haben. Dementsprechend gibt die Entwicklung in 2017 und 2018 kaum Anlass zur Euphorie. Zum einen ist das Niveau der Governance insgesamt weiterhin niedrig und nur knapp ein Drittel der Länder in der Region kann mit einem guten bis sehr guten Transformationsmanagement aufwarten. Zum anderen wäre es verfehlt, einen „Aufholeffekt“ gegenüber anderen Regionen zu konstatieren. Der Abstand zu den beiden führenden Regionen Ostmittel-/Südosteuropa sowie Lateinamerika/Karibik hat sich verringert, da in beiden Weltregionen der Abwärtstrend weiter anhält und nicht, weil die politischen Entscheider und Gestalter in Asien nun deutlich besser ihre Transformationsprozesse managen würden. Demnach tritt ein großer Teil der Region bei der Verbesserung der Governance ihrer Transformationsprozesse weiterhin auf der Stelle: Im Vergleich der 20 Länder, die in beiden Transformationsindizes untersucht wurden, hat sich der Governance-Index von 4,70 im BTI 2006 auf aktuell 4,71 Punkte verbessert. Myanmar, Indonesien und Papua-Neuguinea erreichen Verbesserungen um mindestens 0,50 Punkte, während vier Länder (Thailand, Pakistan, Nordkorea und Südkorea) eine Verschlechterung um mindestens 0,50 Punkte verzeichneten. Die restlichen Länder veränderten sich nur geringfügig.

Wie schon durchgehend seit dem BTI 2012 ist Taiwan der Top-Performer in der Region. Trotz einer etwas schwächeren Politikimplementierung zeichnet sich Taiwan durch hohe bis sehr hohe Werte in allen vier Governance-Kriterien aus. Im Gesamtranking des Transformationsindex 2020 belegt das Land sogar den zweiten Rang hinter Estland. Im Januar 2016 kam es bereits zum dritten Mal nach 2000 und 2008 zu einem geordneten Regierungswechsel zwischen nationalkonservativer Guomintang (GMD) und der liberalen Demokratischen Fortschrittspartei (DPP). Kaum zwei Monate nach dem historischen Treffen zwischen Xi Jinping und dem damals amtierenden taiwanischen Präsidenten Ma Ying-jeou (GMD) im November 2015 in Singapur wurde mit der DPP-Politikerin Tsai Ing-wen erstmals eine Frau in das höchste politische Amt des Landes gewählt. In ihrem Parteistatut tritt die DPP weiterhin für die volle staatliche Unabhängigkeit der Insel ein. Im Gegensatz zu Chen Shui-bian, dem mitunter demagogisch oder populistisch auftretenden ersten Präsidenten aus den Reihen der DPP, verfolgt Präsidentin Tsai jedoch einen auf innenpolitischen Ausgleich bedachten Kurs, wenngleich ihre Regierung im Auftreten gegenüber dem Festland ähnlich entschlossen ist wie seinerzeit die Chen-Regierung, was einen klaren Bruch mit der Annäherungspolitik der Ma-Ära darstellt.

**Tab. 4: Qualität der Governance**

| sehr gut       | gut               | mäßig               | schwach           | gescheitert |
|----------------|-------------------|---------------------|-------------------|-------------|
| Werte 10 bis 7 | Werte < 7 bis 5,6 | Werte < 5,6 bis 4,3 | Werte < 4,3 bis 3 | Werte < 3   |
| Taiwan         | Bhutan            | Sri Lanka ▼         | Thailand          | Nordkorea   |
|                | Südkorea          | Indonesien          | Laos              |             |
|                | Singapur          | Philippinen         | Myanmar           |             |
|                | Timor-Leste*      | Vietnam             | Pakistan          |             |
|                | Indien            | China               | Kambodscha        |             |
|                | Malaysia ▲        | Papua-Neuguinea     |                   |             |
|                |                   | Vietnam             |                   |             |
|                |                   | Bangladesch ▲       |                   |             |
|                |                   | Afghanistan ▲       |                   |             |
|                |                   | Nepal ▲             |                   |             |

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2020. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Governance-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2018.  
 \* Neu im Ländersample des BTI

Erstmals seit dem BTI 2010 verzeichnet der Transformationsindex für Südkorea keine Verschlechterung der Governance-Qualität. Die Regierung des in den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen vom Mai 2017 gewählten Präsident Moon Jae-in hat trotz ihrer vollmundigen Rhetorik allerdings auch nur wenige greifbare Verbesserungen vorzuzeigen. Schon mehren sich auch Stimmen – nicht nur aus konservativen politischen und Gesellschaftskreisen –, die der neuen Administration vorwerfen, hinsichtlich der Kurzfristigkeit, Vagheit und Strategieleere ihrer Regierungspolitik, aber auch bei der Intoleranz gegenüber anderen politischen Meinungen der Vorgängerregierung kaum nachzustehen. Zumindest wurden bisher keine Vorwürfe des Machtmissbrauchs gegen Präsident Moon persönlich vorgebracht, anders als gegen die Präsidenten Park Geun-hye (2013-2017) und Lee Myung-bak (2008-2013), die beide inzwischen hohe Haftstrafen u.a. wegen Korruption absitzen.

Ein insgesamt gutes Transformationsmanagement wird auch Bhutan, Singapur, Timor-Leste, Indien und, erstmals, Malaysia bescheinigt. Erneut belegt Singapur mit Platz 29 im globalen Ranking die Spitzenposition in der Gruppe der Autokratien. Die starke Verbesserung von Malaysia im Gesamtranking von Rang 50 (BTI 2018) auf aktuell Rang 40 reflektiert die Veränderungen der Regierungspolitik seit dem Wechsel von der Barisan-Nasional- zur Pakatan-Harapa-Koalition, insbesondere eine verbesserte politische Lernfähigkeit, Politikkoordination, Korruptionsbekämpfung sowie dem gesamten Bereich der gesellschaftlichen Konsensbildung. Gleichwohl sind die Veränderungen gegenüber dem BTI 2006, also der Phase vor dem Amtsantritt des abgewählten Premierminister Najib Razak (2009-2018) durchaus moderat (+0,20). Das verweist darauf, dass die Regierung in Malaysia noch damit beschäftigt ist, die Governance-Fehler der Vorgängerregierung aufzuräumen.

Gab es im BTI 2018 noch acht Länder mit einem schwachen Transformationsmanagement, womit dies auch gleichzeitig die größte Gruppe war, trifft diese Klassifikation im Transformationsindex 2020 noch lediglich auf fünf Länder zu, während nun insgesamt neun Länder (2018: sechs) eine bessere („mäßige“) Leistung bescheinigt wird. Hervorzuheben sind zum einen drei südasiatischen Länder Nepal (+0,60), Afghanistan (+0,34) und Bangladesch (+0,23). Afghanistan sah im Jahr 2016



eine Fortsetzung der langen Aufstandsbekämpfung gegen die Taliban, die durch Reibungen im Duumvirat von Premierminister Ashraf Ghani und Chief Executive Abdullah Abdullah erschwert wurde. Der Regierung gelang es, trotz der Angriffe der Taliban die großen städtischen Zentren zu halten. Ein umstrittenes Friedensabkommen mit einem der berüchtigtsten Schlichter des Bürgerkriegs, Gulbuddin Hekmatyar und seiner bewaffneten Truppe, der Hezb-e-Islami, ist ein Erfolg für Aussöhnungspolitik der Regierung. Ob der gefundene Kompromiss auch langfristig tragen wird, wird von vielen Beobachtern aber angezweifelt.

Zum anderen finden sich hier in dieser Kategorie auch Papua-Neuguinea, Indonesien und die Philippinen, d.h. Länder mit populistischen oder autoritär auftretenden Regierungen. Ein cursorischer Blick auf die Veränderungen des Governance-Index im Transformationsindex 2020 gegenüber dem BTI 2016 zeigt, dass drei der vier populistisch regierten Länder (Indien, Philippinen, Indonesien) Einbußen zu verzeichnen hatten. Wenig überraschend war der Bereich der Konsensbildung hiervon besonders betroffen, aber auch Korruptionsbekämpfung und politische Lernfähigkeit sind nicht unbedingt eine Stärke der populistischen Führer in diesen Ländern. Nicht alle populistischen Führer oder „Strongmen“ in der Region treten so hemdsärmelig auf wie der philippinische Präsident Rodrigo Duterte, der kein Problem damit hat, die Europäische Union, den Papst oder seine Amtskollegen in Übersee aufs Übelste zu beschimpfen, China mit militärischen Maßnahmen zu drohen, oder mit eigenen Gewalttaten zu protzen. Was aber die Populisten an der Spitze der Demokratien mit den starken Männern in Autokratien gemeinsam haben, ist die geringe Toleranz für Dissens innerhalb wie außerhalb ihrer Herrschaftskoalition und der Hang zur Verteufelung des politischen Gegners.

Die Gruppe der Länder mit schwacher Governance umfasst nunmehr lediglich fünf autokratisch regierte Länder. Mit Ausnahme von Thailand handelt es sich um Staaten, in denen der Schwierigkeitsgrad der Transformation besonders hoch ist, was sich unter anderem in einem vergleichsweise geringen Niveau der menschlichen Entwicklung widerspiegelt. Insbesondere in Myanmar und Kambodscha hat sich die Governance der Transformation verschlechtert. In Kambodscha hat der seit 1985 amtierende Premierminister Hun Sen die Opposition zerschlagen sowie politische Gegner und Kritiker mit Repression überzogen. Gleichzeitig weiß Hun Sen die Unterstützung der Volksrepublik China für sich zu nutzen. Das Königreich ist inzwischen der zweitgrößte Empfänger chinesischer Entwicklungshilfe und die Volksrepublik ist mit Abstand die wichtigste Quelle des Landes für Auslandskapital und Direktinvestitionen. Die Zusammenarbeit geht jedoch weit über den wirtschaftlichen Handel, Entwicklungshilfe und Investitionen hinaus. Diplomatische und militärische Beziehungen und soziale Verbindungen (einschließlich Tourismus, Schüleraustausch und eine wachsende chinesische Diaspora in Kambodscha) expandieren ebenfalls. Peking hat die militärische Hilfe und Ausbildung für die kambodschanischen Streitkräfte deutlich intensiviert, und beide Länder führen inzwischen regelmäßig gemeinsame Militärübungen durch. Chinas Botschafter Xiong Bo nahm zu Beginn des Wahlkampfes 2018 an einer Kundgebung der Regierungspartei teil und am 10. Juli 2018, wenige Tage vor der Wahl, unterzeichneten die Export-Import-Bank von China und das kambodschanische Finanzministerium ein Darlehen von 259 Millionen US-Dollar zur Finanzierung einer Ringstraße in Phnom Penh. Hun Sen erwiderte diese Gefälligkeiten in seiner Rede vor der UN-Generalversammlung im September 2018, in der er in einer Zeit wachsender Spannungen zwischen den USA und China als leidenschaftlicher Unterstützer Chinas auftrat. Gleichzeitig haben die beiden Regierungen

eine Vereinbarung unterzeichnet, die es China ermöglicht, einen neuen Fernsehsender namens NICE TV in Kambodscha zu etablieren (Croissant 2019).

Im Gegensatz zu dem wachsenden Einfluss Chinas in Kambodscha (aber auch in Laos, Myanmar, Thailand und den Philippinen) haben sich Phnom Penhs Beziehungen zu den USA und der EU weiter verschlechtert. Nachdem sie vor dem antidemokratischen Verhalten der Regierung gewarnt hatten, zogen die USA und die EU ihre Unterstützung für die Durchführung Parlamentswahlen 2018 zurück. Europäische und amerikanische Vertreter blieben der Eröffnungssitzung der neu gewählten Nationalversammlung am 5. September fern. Washington kündigte Kürzungen bei der militärischen und finanziellen Hilfe an und verhängte gezielte Sanktionen gegen kambodschanische Regierungsvertreter. Die EU hingegen agierte zögerlicher. Seit 2012 profitiert Kambodscha (ebenso wie Myanmar) bei Handel mit der Europäischen Union vom sogenannten EBA-Status und kann alle Güter außer Munition und Waffen in die EU einführen. Nachdem die EU das Land Anfang 2018 unter verschärfte Beobachtung stellte, kündigte die Europäische Kommission im Februar 2019 die Einleitung eines „Verfahrens zur zeitweisen Aussetzung der Handelspräferenzen“ ein.

In dem von buddhistischen Burmanen dominierten Vielvölkerstaat Myanmar kam es 2017 und 2018 zu Kämpfen und schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den Verwaltungsregionen Rakhine, Shan und Kachin. Insbesondere in Rakhine wurden hundertausende Angehörige der muslimischen Minderheit Rohingya Opfer ethnisch motivierter Gewalt, gewaltsamer Vertreibungen und massiver Menschenrechtsverletzungen. Daw Aung San Suu Kyi und die Nationale Liga für Demokratie, die seit den Wahlen von 2015 an der Regierung sind, haben wenig Interesse an diesem Thema gezeigt. Aber in gewisser Weise steht das Schicksal der Rohingyas nur stellvertretend für das weiterhin gespannte Verhältnis zwischen der politisch und wirtschaftlich dominierenden Mehrheitsethnie der buddhistischen Burmanen und den zahlreichen ethnischen, oft auch religiösen, Minderheiten im Land, die insgesamt etwa 40% der Bevölkerung ausmachen. Die als Staatsrätin der Regierung vorstehende Friedensnobelpreisträgerin hat das Thema der Aussöhnung mit den Minderheiten an die Spitze ihrer Prioritätenliste gesetzt, im Umgang mit der maßgeblich von buddhistischen Extremisten und Militär initiierten Gewalt gegen die muslimische Minderheit jedoch dramatisch versagt. Zudem zeigt sich immer deutlicher, dass die zivile Regierung nicht nur bei der Konsensbildung, sondern zunehmend auch in vielen Politikfeldern, von der Wirtschafts- und Sozialpolitik bis hin zur Bildungs- und Umweltpolitik, eklatante Defizite bei der Gestaltungsfähigkeit und dem effizienten Ressourceneinsatz zeigt. Immer mehr Beobachter innerhalb und außerhalb des Landes beginnen daher, nicht nur die Prioritätensetzung der Regierung zu hinterfragen, sondern auch die grundsätzliche Reformfähigkeit der ehemals unumstrittenen Demokratieikone und ihrer Partei in Frage zu stellen.

Verglichen mit den südostasiatischen Nachbarn sind die strukturellen Bedingungen für eine demokratische und wirtschaftliche Transformation in Thailand grundsätzlich gegeben. Dennoch wird das Königreich seit 2014 von einem der letzten verbliebenen Militärregime der Welt regiert. Der seit 1946 amtierende Monarch, König Bhumibol Adulyadej, verstarb am 13. Oktober 2016 und übergab den Thron an den Kronprinzen Maha Vajiralongkorn, der im Dezember als Rama X gekrönt wurde. Obwohl Thailand eine konstitutionelle Monarchie ist, kommt der Krone eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der gesellschaftlichen Polarisierung zu. Weiterhin ist die Bevölkerung tief gespalten zwischen Anhängern und Gegnern des gestürzten zivilen Regierungschefs Thaksin Shinawatra (2001-

2006) und seiner Schwester Yingluck, die von 2011 bis 2014 das Amt an seiner Stelle ausübte. Nachdem bereits 2016 eine von der als Nationalrat für Frieden und Ordnung (NCPO) bekannten Junta-Regierung des Putschführers von 2014, General Prayuth Chan-ocha ausgearbeitete Verfassung ausgearbeitet und per Referendum bestätigt worden war, unterschrieb der neue König am 6. April 2017 den Text. Die Verfassung und die von einer vom Militär eingesetzten Versammlung verabschiedeten Ausführungsgesetze soll einerseits verhindern, dass Thaksin jemals wieder an die Macht zurückkehrt; zum anderen zielt die Verfassung in ihrer gesamten Logik darauf ab, dem Militär auch nach der versprochenen Rückkehr zu Wahlen die Macht zu erhalten. Die lange angekündigten und mehrmals verschobenen Parlamentswahlen fanden im März 2019 statt. Die militärnahe Phalang Pracharat Partei (PRPP) von Premierminister Prayut wurde stärkste Partei, gefolgt von der pro-Thaksin Partei Pheu Thai.

Das Schlusslicht in der Region und eines der vier Länder mit den weltweit schlechtesten Regierungsleistungen ist erneut Nordkorea. Das bedeutet allerdings nicht, dass die nordkoreanische Führung im abgelaufenen Untersuchungszeitraum des Transformationsindex 2020 nicht auch politisch gekonnt agiert hätte. Im Gegenteil: Machthaber Kim Jong-un hat es verstanden, durch eine geschickte Gipfeldiplomatie mit Seoul, Washington, Moskau und Peking die fast vollständige außenpolitische Isolierung seines Landes zu durchbrechen, inklusive zweier nordkoreanisch-amerikanischer Gipfeltreffen und heftigster Sympathiebekundungen von Präsident Trump gegenüber Kim Jong-un. Die internationale Aufwertung hat sicherlich die innenpolitische Stellung Kims nicht geschwächt, zumal das Regime bislang keine substantiellen Zugeständnisse bei seinem Atom- und Raketenprogramm machen musste. Die Aussicht auf eine tatsächliche nordkoreanische Denuklearisierung – das erklärte Ziel der Trump-Strategie – ist gering. Zwar sind die außenpolitischen Ziele Nordkoreas elastisch, die meisten westlichen Beobachter gehen jedoch davon aus, dass Pjôngjang trotz der angestrebten Lockerung der Sanktionen und des Ausbaus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Südkorea nicht zur vollständigen nuklearen Abrüstung bereit wäre.

Neben dem Konflikt um das nordkoreanische Kernwaffenprogramm, der sich vorübergehend entspannt hat, gibt es zahlreiche weitere latente Konflikte und Machtverschiebungen, die die internationale Zusammenarbeit in der Region beeinträchtigen. Auf der einen Seite steht mit China eine aufstrebende Großmacht, die selbstbewusst eigene, „chinesische Lösungen“ [zhongguo fangan] für Herausforderungen des Welthandels, der globalen Klimapolitik und in der Entwicklungspolitik anbietet. Auf der anderen Seite wächst das Konfliktpotential in der Region, was auch mit der neuen Rolle Chinas zusammenhängt. Taiwan befindet sich in einer besonders anfälligen Position. Alleine in den ersten zwei Amtsjahren der 2016 gewählten Präsidentin Tsai Ing-wen, deren Demokratische Fortschrittspartei (DPP) in ihrem Statut die Unabhängigkeit der Insel fordert, haben fünf von 21 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die bis dato die Republik China (so der offizielle Staatsname) als souveräne Nation anerkannten, Taiwan die diplomatische Anerkennung entzogen. Länder wie Kambodscha, Laos, Myanmar, Pakistan, die Philippinen und Sri Lanka haben sich China wirtschaftlich oder politisch stärker angenähert, oft angelockt durch Infrastrukturkredite der Belt and Road Initiative (BRI). Indien, Indonesien, Malaysia, Singapur und Südkorea sind hingegen stärker auf Distanz geblieben. Ferner warnen Kritiker davor, dass China vermittels seiner „sharp power“ (Walker 2018), also der bewussten Einflussnahme auf das Denken und auf das Meinungsbild anderer Gesell-

schaften, seinen autoritären Kapitalismus auf Kosten westlicher Vorstellungen von liberaler Demokratie und Marktwirtschaft propagiere. Zugleich hat Peking seine Anstrengungen intensiviert, eigene territoriale Ansprüche im Südchinesischen Meer militärisch abzusichern, was teils zu heftigen Gegenreaktionen in den Nachbarländern geführt hat. Grenz- und Einflusskonflikte sind auch in Südasien eine Gefahr. So hat sich der Konflikt zwischen Pakistan und Indien verschärft, wobei der Umstand, dass nun in beiden Ländern Populisten regieren, nicht zur Beruhigung beiträgt.

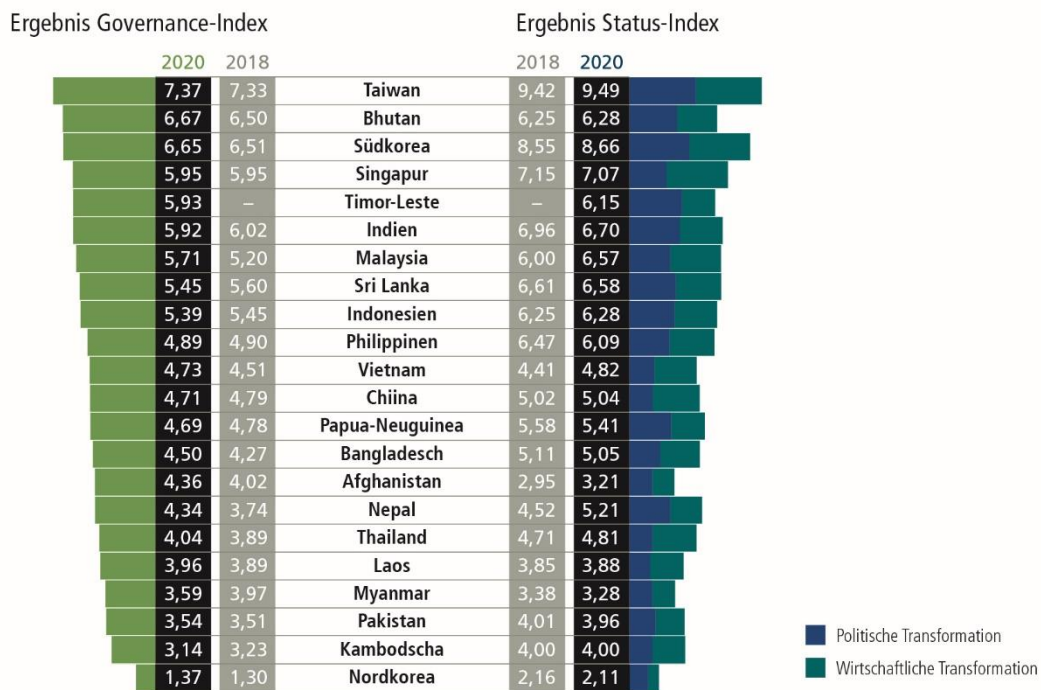
## Ausblick

Die Region Asien und Ozeanien hat in den letzten beiden Jahren einzelne Erfolge auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft aufzuweisen. Insgesamt jedoch haben sich die Trends der vorangegangenen Jahre fortgesetzt. Die Demokratie ist unter Druck, der Einfluss autokratischer Führer wächst und Konflikte innerhalb der Region nehmen zu. Die Hälfte der Gesellschaften wird autokratisch regiert. Der Einfluss Chinas – in der Projektion eigener ökonomischer, politischer und zunehmend auch militärischer Macht, aber auch im Sinne eines nachahmenswerten und anzustrebenden Modells autoritär-kapitalistischer Entwicklung im 21. Jahrhundert – ist nicht zu leugnen. Mancherorts bestärkt dies politische Allianzen, die lokale Machthaber stärken; in anderen Ländern führt die Furcht vor chinesischer Dominanz zu nationalistischen Gegenreaktionen. Im Zusammenwirken mit den mitunter kurzzeitigen Politikwechseln der Trump-Administration, ihrem allenfalls bedingten Eintreten für Demokratie und Menschenrechte in der Region und einer gewissen Strategielücke in der amerikanischen Politik im „Indopazifischen Asien“ schwächt dies die Transformationsperspektiven in der Region. Die politischen Entscheidungsträger in fast allen Staaten mit Ausnahme Nordkoreas befürworten kapitalistische Entwicklungsmodelle. Marktwirtschaftliche Reformstrategien im Sinne des Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung existieren aber nur in einer beschränkten Anzahl an Ländern und der Kreis der Staaten, in denen diese erfolgreich sind, ist noch überschaubarer.

Die Kernstaaten des ostasiatischen „Wirtschaftswunders“ (World Bank 1993) sind auf dem Weg der marktwirtschaftlichen Transformation sehr weit vorangeschritten; es ist aber kaum zu übersehen, dass die Region keinem einheitlichen Model der sozialen Marktwirtschaft folgt. Deutlich stärker und im Falle von China auch wiedererstarkend sind die staatskapitalistischen Elemente. In Südasien, insbesondere in Indien und Bangladesch, wurden in den vergangenen Jahren bedeutsame Entwicklungserfolge eingefahren oder ausgebaut. Doch aufgrund der gegebenen strukturellen Beschränkungen ist kaum anzunehmen, dass diese Region dem ost- und eingeschränkt südostasiatischen Entwicklungspfad wird folgen können (oder wollen).

Die vergangenen etwa fünfzehn Jahre, die den Untersuchungszeitraum des BTI 2006 bis 2020 markieren, waren in Asien eine Periode wirtschaftlicher Dynamik sowie einer zunächst kaum merklichen, inzwischen jedoch beschleunigten Demokratieerosion. Zu befürchten ist, dass die zuletzt genannte Entwicklung anhalten wird. Zugleich trübt der amerikanisch-chinesische Handelsstreit die wirtschaftlichen Aussichten. Die manifesten Auswirkungen waren im Untersuchungszeitraum des Transformationsindex 2020 kaum spürbar. Die weitere Eskalation des Handelskonflikts in der ersten Jahreshälfte 2019, bei der sich Washington und Peking gegenseitig mit Strafzöllen überzogen, hat

inzwischen aber auch Auswirkungen auf die immer noch stark exportorientierte chinesische Wirtschaft. Während deren Entwicklung im Frühjahr aus saisonbedingten Gründen noch recht positiv war, sind die Exporte in die USA (ebenso wie die Importe aus den Vereinigten Staaten) überraschend stark eingebrochen, ohne dass dies durch Steigerung der Ausfuhren in andere Regionen kompensiert werden konnte. Das wiederum erschwert es der chinesischen Führung, die eigene Wirtschaft anzukurbeln, und lässt eine baldige Erholung zunehmend unwahrscheinlicher erscheinen.



Die kurzfristigen Hauptrisiken der regionalen Entwicklung sind der anhaltende Handelsstreit zwischen den USA und China, die damit verbundene Abschwächung des Außenhandels und die Zurückhaltung der Investitionen in der Volksrepublik China. Obwohl sich dadurch für einzelne Volkswirtschaften neue Chancen auf den bislang von China dominierten Exportmärkten sowie zum Abschöpfen von umgeleiteten Direktinvestitionen ergeben, erhöht der Konflikt die Unsicherheit in der Handelspolitik, was für keine der meist stark außenhandelsabhängigen Volkswirtschaften in der Region gut ist und – falls die Strafzollpolitik beider Seiten anhalten sollte – die Investitions- und Produktivitätstätigkeit in der gesamten Region beeinträchtigen würde. Dies, so ist zu befürchten, könnte wiederum auch andere Volkswirtschaften in Asien und Ozeanien in Mitleidenschaft ziehen.

## Literatur

- Asian Development Bank. 2010. *Key Indicators for Asia and the Pacific 2010*. Mandaluyong City: ADB.
- Asian Development Bank. 2019. *Asian Development Outlook 2019. Strengthening Disaster Resilience*. Mandaluyong City: ADB.
- Bünte, Marco. 2019. Religious Mobilisation, Ethnic Conflict and the Problem of Trust: Social Cohesion in Democratising Myanmar, in Croissant, A. and P. Walkenhorst (eds.). *Social Cohesion in Asia – Historical origins, contemporary shapes, and future dynamics*. London and New York: Routledge (im Erscheinen).
- Coppedge, Michael. 2017. *Eroding Regimes: What, Where, and When?* Gothenburg: V-Dem Working Paper 2017-57.
- Croissant, Aurel 2019. Cambodia in 2018. Requiem for multiparty politics. *Asian Survey* 59(1), pp. 170-176.
- Dittmer, Lowell. 2019. Asia in 2018. Trade War. *Asian Survey* 59(1), pp. 1-9.
- Fossati, Diego. 2017. *The Indonesia National Survey Project. Economy, Society and Politics*. Singapore: ISEAS.
- Mok, Ka Ho und Yuyang Kang. 2019. Social Cohesion and Welfare Reforms- The Chinese Approach, in Croissant, A. and P. Walkenhorst (eds.). *Social Cohesion in Asia – Historical origins, contemporary shapes, and future dynamics*. London and New York: Routledge (im Erscheinen).
- Pew Research Institute. 2018. *How religious commitment varies by country among people of all ages*, available online: <http://www.pewforum.org/2018/06/13/how-religious-commitment-varies-by-country-among-people-of-all-ages/>
- [Solt, Frederick. 2019. “Measuring Income Inequality Across Countries and Over Time: The Standardized World Income Inequality Database.” SWIID Version 8.1, May 2019. <https://fsolt.org/swiid/Trinn>](#), Christoph. 2019. Sri Lanka – The Dark Side of Social Cohesion in Divided Societies, in Croissant, A. and P. Walkenhorst (eds.). *Social Cohesion in Asia – Historical origins, contemporary shapes, and future dynamics*. London and New York: Routledge (im Erscheinen).
- UNESCAP. 2017. *Trends and drivers of international migration in Asia and the Pacific*. Bangkok: ESCAP.
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division. 2014. *World urbanization prospects: The 2014 revision, Highlights* (ST/ESA/SER.A/352).
- Walker, Christopher. 2018. What Is "Sharp Power"? *Journal of Democracy* 29(3), pp. 9-23.
- World Bank. 1993. *The East Asian Miracle. Economic Growth and Public Policy*. Oxford: Oxford University Press.

World Bank. 2019. *World Development Indicators*, available online: <http://wdi.worldbank.org/tables>.

Ziegenhain, Patrick. 2019. Achieving Unity in Extreme Diversity? Social Cohesion in Indonesia, in Croissant, A. and P. Walkenhorst (eds.). *Social Cohesion in Asia – Historical origins, contemporary shapes, and future dynamics*. London and New York: Routledge (im Erscheinen).